

**Umfrage – Keine Teilnahme an bundesweiter Studie**

**Südwest-Polizei verweigert**

STUTTGART. Die Polizei im Land schert aus und boykottiert eine bundesweite Studie zu Erfahrungen und Einstellungen von Polizeibeamten. Nach einem Veto des Hauptpersonalrats wird ein Online-Fragebogen der Deutschen Hochschule der Polizei nicht an die Dienststellen verteilt, obwohl das Innenministerium und Polizeipräsidentin Stefanie Hinz für eine Teilnahme geworben hatten.

Regierungschef Winfried Kretschmann will das nicht hinnehmen. »Wir wollen, dass diese Studie gemacht wird«, sagte der Grünen-Politiker. In fast allen anderen Bundesländern ist die vom Bund initiierte Befragung schon abgeschlossen – nur in Hamburg hat sich ebenfalls der Hauptpersonalrat dagegen entschieden.

Die Studie geht auf den früheren Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zurück, der damit auf Forderungen reagierte, möglichen Rassismus und Rechtslastigkeit in der Polizei zu untersuchen. Die Untersuchung wurde dann aber deutlich breiter angelegt. Alle Innenminister der Länder unterstützen das Forschungsprojekt zu »Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag« von Polizisten.

Kretschmann will nun klären lassen, ob der Hauptpersonalrat überhaupt die Möglichkeit hat, die Teilnahme der Beschäftigten der Polizei an der Studie zu blockieren. »Das kann ich mir nicht vorstellen.« Die Frage ist, ob die Spitzen der grün-schwarzen Koalition die Studie nun gegen den Willen der Personalvertretung durchführen lassen wollen. Dem Vernehmen nach wollte Landespolizeipräsidentin Stefanie Hinz diese unbedingt einbinden, um die Akzeptanz unter den Beschäftigten zu erhöhen. Die Teilnahme an der Umfrage ist für alle freiwillig.

Rainer Wendt, Bundeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, hält das Nein für völlig nachvollziehbar. Personalräte seien nicht dazu da, den Willen der Politik zu exekutieren, sagte Wendt. »Die Polizei hat die Nase gestrichen voll von diesen ganzen Rassismus-Studien, die nichts anderes als den Zweck verfolgen, die ohnehin bei vielen vorhandene Auffassung zu bestätigen, dass die Polizei eine rassistische Schlägerbande sei.« (dpa)

**Es drohen größere Schulklassen**

STUTTGART. Angesichts von Personal-mangel und einer hohen Zahl junger Ukraine-Flüchtlinge schließt Ministerpräsident Winfried Kretschmann auch größere Schulklassen nicht gänzlich aus. Es würden zwar zunächst andere Wege ausprobiert, um die Zahl der Lehrkräfte zu erhöhen und die Unterrichtsversorgung zu sichern, sagte Kretschmann und verteidigte erneut seinen jüngsten Brandbrief an die Schulen zur Arbeitszeit von Lehrern. »Aber wir haben natürlich noch etwas in der Tasche, um das zu lösen. Das wäre die Erhöhung des Klassenteilers.« Abgesehen von Vorwürfen und Kritik erhalte er keine Vorschläge von Lehrerverbänden, was in dieser »akuten Mangellage« getan werden könne. (dpa)

**IN KÜRZE**

**Verfolgungsjagd mit der Polizei**

GÄRTRINGEN. Neun Streifenwagen und einen Hubschrauber hat die Polizei eingesetzt, um einen Autofahrer durch den Kreis Böblingen zu verfolgen. Polizeiangaben zufolge war der 56-Jährige den Beamten aufgefallen, als er in Gärtringen in falscher Richtung durch einen Kreisverkehr fuhr. Als sie ihn kontrollieren wollten, gab er Gas – und flüchtete in seinem Wagen durch Wohngebiete auf die A 81, verließ diese über Schotterwege und brach in Ammerbuch seine Fahrt eigenständig ab. (dpa)

**Störung an Ulmer Stellwerk**

ULM. Wegen einer Störung in einem Stellwerk konnten Bahnfahrer am Dienstagmorgen zeitweise den Ulmer Hauptbahnhof nicht erreichen. Regionalzüge hätten gut eine Stunde lang vorzeitig wenden müssen, Fernzüge zwischen Stuttgart und München seien über Aalen umgeleitet worden. Die Störung im Stellwerk sei bei planmäßigen Arbeiten aufgetreten. (dpa)

**Katzen-Arrest: FDP schaltet Datenschützer ein**

WALLDORF. Nach dem ersten Zwangsgeld wegen Verstößen gegen das bundesweit einzigartige Ausgangsverbot für Katzen in Walldorf hat die FDP den obersten Datenschützer im Land, Stefan Brink, eingeschaltet. Es stelle sich die Frage, ob eine private Firma unerlaubt umfangreiche Daten von Katzen und ihren

Besitzern erstellt und gesammelt hat, so der Landtagsabgeordnete Christian Jung. Er habe Brink gebeten, den Sachverhalt und diverse Vorwürfe zu klären.

Der Rhein-Neckar-Kreis hat angeordnet, dass Katzen in den nächsten drei Jahren von April bis August nicht durch das Brutgebiet der seltenen Haubenler-

chen im Süden der Stadt Walldorf streifen dürfen – es sei denn, sie werden an die kurze Leine genommen oder bewegen sich nachweisbar nicht in Bereichen, wo sie zur Gefahr für die Vögel werden können. Wegen Verstößen dagegen hat die Behörde in einem Fall ein Zwangsgeld von 500 Euro verhängt. (dpa)

**Hasskriminalität steigt weiter**

STUTTGART. Sie wüten meist im Netz, die Trolle und die Hetzer, und sie werden immer aktiver: Die Zahl von Hassdelikten sowie von jüdenfeindlichen Straftaten steigt weiter an. Das Innenministerium verzeichnete im ersten Quartal 2022 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum einen Anstieg bei der Hasskrimi-

nalität von 123 auf 144 Fälle. Meistens geht es um Volksverhetzungen, Gewaltdarstellungen und Beleidigungen. Die meisten Fälle werden dem politisch rechten Spektrum zugeordnet. Ein Trend für das Gesamtjahr 2022 lasse sich aus den Fallzahlen bislang noch nicht ableiten, hieß es. (dpa)

**Studie – Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen belegt Unmut über zu viele staatlichen Regelungen**

**Bürger wütend über Steuer-Bürokratie**

VON DAVOR CVRLJE

REUTLINGEN. Das Ergebnis der Allensbach-Umfrage ist eine schallende Ohrfeige für den Staat und seine Verwaltung. Der Unmut über staatliche Regelungswut und die vielen Verordnungen ist riesig. 83 Prozent der Baden-Württemberger finden, dass es in Deutschland zu viel Bürokratie gibt. Nur 8 Prozent widersprechen. Das ergab eine Allensbach-Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Es gibt also eine breite Mehrheit in der Gesellschaft für den Abbau von bürokratischen Hürden.

**Was ist das größte Bürokratie-Ärgernis für die Bürger im Land?**

Ganz oben auf der Liste der komplizierten Regelungen steht die Steuerbehörde. 62 Prozent der Befragten gaben an, sich über zu viel Bürokratie bei der Steuer zu ärgern. Ein erstaunlich hoher Wert, der sicher auch damit zusammenhängt, dass das deutsche Steuerrecht sehr kompliziert ist und jeder Versuch einer Vereinfachung scheiterte. Dahinter folgt das komplizierte deutsche Gesundheitssystem mit vielen privaten Zuzahlungen. Darüber ärgern sich 54 Prozent. Knapp danach auf der Ärgers-Liste wird der Baubereich (52 Prozent) genannt. Dann gibt es eine größere Lücke. 39 Prozent beklagen sich über zu viel Bürokratie beim Datenschutz und beim Thema Beerdigung sowie beim Nachlass.

**Worauf beruht das negative Urteil der Bürger?**

Für die Mehrheit der Menschen ist der Ärger über die Bürokratie nichts Abstraktes. Es gründet sich vielmehr auf persönlichen Erfahrungen. 69 Prozent der Bürger gaben bei der Umfrage an, dass sie sich in den letzten fünf Jahren über zu viel Bürokratie in einem Amt oder einer Behörde geärgert haben. Die Allensbacher Demoskopien haben anhand von Trendreihen herausgefunden, dass diese Einschätzung in den letzten Jahren zugenommen hat. Besonders weit verbreitet ist der Unmut über zu viel Bürokratie bei den mittleren Altersgruppen. Sie haben naturgemäß den meisten Kontakt mit Bürokratie.

**Welche konkreten Folgen hat das Übermaß an Bürokratie?**

Für die Menschen in Baden-Württemberg ist Bürokratie nicht nur ein Ärgernis, sondern auch ein wirtschaftlicher Bremsklotz. Jeder Zweite stimmt der Aussage zu,

dass die gesetzlichen Vorgaben für Unternehmen in Deutschland die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Nur 18 Prozent der Befragten sehen dies anders. 32 Prozent waren unentschieden.

**Glauben die Bürger, dass der Abbau von Bürokratie gelingt?**

Diese Frage richtet sich an die Reformfähigkeit der Bundesrepublik und fällt eher zurückhaltend aus. Denn obwohl eine breite Mehrheit von 83 Prozent den Abbau von Bürokratie fordert, glauben nur 46 Prozent, dass dies gelingt. 44 Prozent gaben an, dass es sich schwer umsetzen lässt. Das ist kein wirklich gutes Urteil für die Politik, die diese Reformen anstoßen müsste. Der Vorschlag, das Steuerkonzept so zu vereinfachen, dass es auf einen Bierdeckel passt, liegt mittlerweile 20 Jahre zurück und ist bekanntlich nie umgesetzt worden.

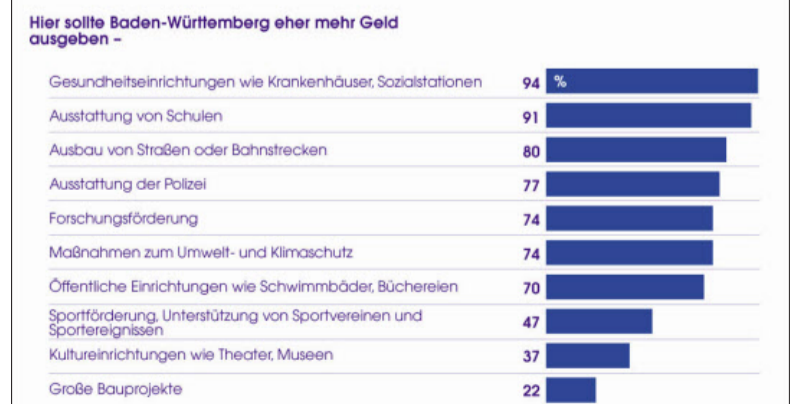
**Wie groß ist die Bereitschaft der Bürger zu Veränderungen?**

Der abstrakte Wunsch nach weniger Bürokratie ist sehr ausgeprägt und deutet auf Veränderungsbereitschaft bei der Gesellschaft hin. Gleichzeitig gibt es aber viele Bedenken und Ängste sobald es konkret wird. Das zeigt das Bierdeckel-Beispiel sowie ein ganz aktuelles Thema: Die grün-schwarze Landesregierung will den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen und dafür staatlichen Vorgaben bei der Bürgerbeteiligung und beim Umweltschutz zurückfahren. Nur 31 Prozent der Bürger im Südwesten halten dies für einen guten Vorschlag. 43 Prozent lehnen eine Einschränkung der Beteiligungsmöglichkeiten ab, und 39 Prozent der Befragten wollen keinen Abstriche beim Umwelt- und Naturschutz, um den Ausbau der Windkraft zu beschleunigen. Da wird die Landesregierung noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, wenn sie eine Mehrheit der Bevölkerung von ihrem Projekt überzeugen will.

**Wo soll sich der Staat mehr einmischen und mehr investieren?**

Die Wunschliste der Bürger ist eindeutig. Ganz oben stehen mehr staatliche Investitionen in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser und Sozialstationen. Das sagen 94 Prozent. Mehr Geld für Schulen wünschen sich 91 Prozent. Danach folgt der Ausbau der Bahnstrecken und Straßen. In diesem Bereich fordern 80 Prozent der Befragten mehr Investitionen. Das belegt, dass es mit der Verkehrs-Infrastruktur nicht zum Besten steht. Und wenn es darum geht, woher das Geld dafür kommen soll, sehen die Bürger vor allem bei großen Bauprojekten Einsparmöglichkeiten (78 Prozent), gefolgt von Kultureinrichtungen wie Theater und Museen (63 Prozent). (GEA)

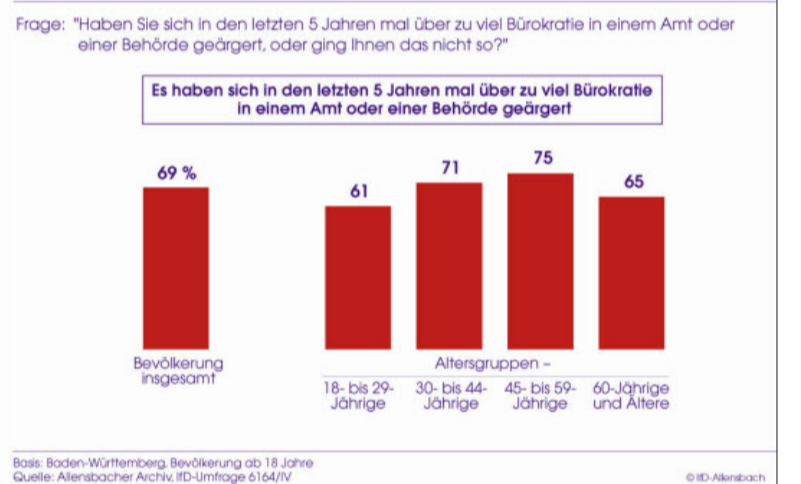
**Wunschliste: Bereiche, in denen sich die Bürger mehr staatliche Investitionen wünschen**



**Bürger beklagen Regulierungswut vor allem in den Bereichen Steuern, Gesundheit und Bauen**



**Viel Ärger auf dem Amt**



**Herausforderung Bürokratieabbau**



**Nur begrenzte Bereitschaft, zugunsten eines raschen Ausbaus der Infrastruktur für die Energieversorgung Abstriche bei Umweltschutz und Bürgerbeteiligung hinzunehmen**

